

Sonderdruck

Reden zur Festveranstaltung am 14. November 1972 in Wiesbaden anlässlich der 100jährigen Wiederkehr der Errichtung eines zentralen Statistischen Amtes in Deutschland

1. Begrüßungsworte der Präsidentin des Statistischen Bundesamtes, Dr. Hildegard Bartels
2. Ansprache von Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher
3. Festvortrag der Präsidentin des Statistischen Bundesamtes, Dr. Hildegard Bartels
4. Ansprache des Vorsitzenden des Gesamtpersonalrates des Statistischen Bundesamtes, Hans-Heinrich Mohr
5. Ansprache des Präsidenten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Prof. Dr. Klaus Szameitat
6. Ansprache des Vertreters des Statistischen Beirats, Dr. Hans Hermann Hartmann



Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Begrüßungsworte der Präsidentin des Statistischen Bundesamtes, Dr. Hildegard Bartels

Herr Minister,
meine Damen und Herren,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Mancher von uns hat sich gefragt, ob wir eigentlich das Kaiserliche Statistische Amt, das 1872 gegründet wurde, als unseren legitimen Ahnherrn betrachten können. Der Rechtsnachfolger dieses Amtes sind wir zweifellos nicht, aber in der Praxis haben wir die Funktionen des Kaiserlichen Statistischen Amtes und des Statistischen Reichsamtes übernommen und seine Arbeiten für diesen Teil Deutschlands fortgesetzt. Wir können daher wohl mit Recht die 100jährige Wiederkehr des Tages der Errichtung eines zentralen Statistischen Amtes in Deutschland feiern. Wenn wir uns einen kleinen zeitlichen Vorgriff erlauben und das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, das im Januar 1948 gegründet wurde, mit einbeziehen, können wir zugleich auch auf das 25jährige Bestehen des Statistischen Bundesamtes zurückblicken.

Der Zeitpunkt der Feier liegt zwischen dem 100jährigen und dem 25jährigen Geburtstag. Das war aus verschiedenen Gründen von Anfang an so geplant. Nicht vorherzusehen war allerdings, daß die Feier damit in die Wahlzeit hereingeraten würde. Wegen der Inanspruchnahme einer ganzen Reihe von Beteiligten durch Wahlvorbereitungen müssen wir uns leider mit einer etwas reduzierten Zahl von Gästen und einer relativ kurzen Feier begnügen.

Es freut mich aber ganz besonders, daß wir wenigstens einmal eine Feier mit dem ganzen Amt veranstalten können; allerdings kann ich das auch nur mit einer kleinen Einschränkung sagen, denn Düsseldorf und Berlin sind nur durch eine kleine Delegation vertreten.

Wir hatten einige Zweifel, ob wir kurz vor der Wahl die Zeit eines Ministers in Anspruch nehmen und bei ihm Interesse für Statistik erwarten können — mit Ausnahme natürlich einer Statistik, der Zusammenstellung der Wahlergebnisse, die ich Ihnen aber leider erst in einigen Tagen präsentieren kann. Daß Sie trotz Ihrer starken Inanspruchnahme zusammen mit einigen Herren Ihres Hauses zu uns gekommen sind, danken wir Ihnen ganz besonders.

Begrüßen dürfen wir ferner als einen unserer ausländischen Freunde Herrn Professor Dr. Bosse, den Präsidenten des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, und eine Reihe von inländischen Gästen aus der Bundesverwaltung, Vertreter des Landes Hessen, des Regierungspräsidenten, der Stadt Wiesbaden und der Wissenschaft.

Die Mitglieder des Statistischen Beirats als Gäste zu bezeichnen, zögere ich beinahe, denn die Beiratsmitglieder wirken unmittelbar an unserer Arbeit mit und gehören sozusagen zur Familie. Auch ihnen gilt unser Gruß, ebenso wie dem Vorsitzenden des Hauptpersonalrats und unseren Personalvertretungen.

Ganz besonders freue ich mich, daß so viele ehemalige Amtsangehörige, von denen ein Teil schon im Statistischen Reichsamt tätig war, zu dieser Feier erschienen sind, an ihrer Spitze Präsident Dr. Fürst und Präsident Schmidt mit ihren Frauen und die Frau des letzten Reichsamtspräsidenten Godlewski.

Ich danke Ihnen allen im Namen des Amtes für Ihr Erscheinen und hoffe, daß Ihnen diese kleine Feier in guter Erinnerung bleibt.

Das Wort hat nun Herr Minister Genscher.

Ansprache von Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher

Frau Präsidentin,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
sehr verehrte Gäste!

Ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, daß an einem solchen Tage der Bundesminister des Innern hier in der großen Familie der Statistiker weilt, auch wenn er selbst sich nicht zu dieser auserlesenen Gesellschaft als „Nur-Jurist“ rechnen darf. Dabei, meine Damen und Herren, ist es natürlich ganz unbestritten — und das hat die Frau Präsidentin mit ihrem hohen Maß an Menschenkenntnis sofort erkannt und zum Ausdruck gebracht —, daß mit zunehmenden Wahlterminen das Statistische Bundesamt auf jeden Politiker natürlich eine geradezu magische Anziehungskraft ausübt. Wir vertrauen Ihnen allen, daß Sie das richtige Wahlergebnis verkünden werden; ob dann jeder das formell richtige auch als das sachlich richtige empfindet, ist immer eine Frage des Standortes.

Die heutige Festveranstaltung zur 100jährigen Wiederkehr der Errichtung eines zentralen Statistischen Amtes ist für mich der Anlaß, zum zweiten Mal im Laufe eines Jahres die von Ihnen geleistete Arbeit, die sich meist im Stillen im Hintergrund des öffentlichen Lebens vollzieht, zu würdigen und damit auch vor der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß der für das Statistische Bundesamt zuständige Bundesminister des Innern den Aufgaben und Problemen dieses Amtes besondere Bedeutung beimißt.

Die Statistik in einem freiheitlichen Rechtsstaat begnügt sich nicht mehr — wie das vor 100 Jahren einmal gewollt war — mit der isolierten Beschreibung einiger weniger, im besonderen Staatsinteresse liegender Sach-

verhalte. Sie hat heute die Aufgabe übernommen, Gesamtzusammenhänge des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens darzustellen. So kann sie ein immer genaueres und vollständigeres Bild der Wirklichkeit und zum Teil — was besonders wichtig ist für die Entscheidungen der gesetzgebenden Körperschaften — auch schon der vorhersehbaren Entwicklung aufzeigen.

Den entscheidenden Wandel in der Aufgabenstellung der amtlichen Statistik sehe ich darin, daß ihre Arbeitsergebnisse nicht mehr ausschließlich den Regierungs- und Verwaltungsstellen zur Verfügung stehen. Jeder Bürger in unserem Staat hat vielmehr Anspruch auf Kenntnis der ermittelten Zahlen und Fakten; dieser Anspruch wird erfüllt. Der freie und ungehinderte Zugang zur Information ist gewährleistet. Im Sinne unserer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung werden die Ergebnisse amtlicher Statistiken nicht zu Leitlinien einer dirigistischen, auf Planvollzug ausgerichteten Politik entfremdet oder mißbraucht. Die Statistik hat vielmehr die Aufgabe einer wertfreien Informationsversorgung für alle zu erfüllen. Die Statistik verschafft uns die erforderliche Transparenz, um die verschiedenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Probleme beurteilen und lösen zu können.

Lassen Sie mich das beispielhaft an einer so wichtigen Frage wie etwa der Steuerpolitik deutlich machen. In einer freiheitlichen Gesellschaft muß das Steuersystem zweierlei grundsätzlichen Anforderungen Rechnung tragen:

— Wenn sich die Wirtschaftsordnung auf Freiheit, Eigentum und Leistung gründet, darf das Steuerrecht diese Ordnungselemente nicht zerstören. Wenn Staat und

Gesellschaft Leistung und Investitionsbereitschaft erwarten und fordern, darf die Leistungsbereitschaft des Bürgers nicht durch eine unangemessene Besteuerung untergraben werden. Eine Steuerpolitik wäre verfehlt, wenn der Lohn für eine besondere Leistung durch die Besteuerung nivelliert würde.

— Zum anderen muß ein modernes Steuerrecht die gesellschaftspolitische Forderung nach einer privaten Vermögensbildung breiter Schichten unterstützen. Anstöße und Maßnahmen hierzu sind notwendig, um die Demokratie und die rechtsstaatliche Ordnung durch eine freiheitliche Gesellschaftspolitik abzusichern.

Die Statistik liefert bereits eine Reihe von Informationen zur Erreichung dieser Ziele; zahlreiche zusätzliche Daten müssen aber noch bereitgestellt werden, um eine solide Basis für gesetzgeberische Konzeptionen zu gewinnen. Solche politisch bedeutsamen Informationen werden nicht nur von den Politikern, sondern auch von der Wirtschaft, den Verbänden, beispielsweise auch von dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung benötigt. Die große Verantwortung, die die Statistik damit trägt, wird schlagartig deutlich, wenn man sich einmal vorstellt oder vorstellen könnte, daß über einen längeren Zeitraum jede Tätigkeit der statistischen Behörden eingestellt würde. Die Folge wäre, daß auf vielen Gebieten an die Stelle gesicherter, zahlenmäßig festliegender Informationen subjektives Ermessen als Entscheidungsgrundlage treten müßte. In welchem Ausmaß damit Fehlentscheidungen verbunden würden, ist kaum vorstellbar.

Informationen werden heute als ein Rohstoff angesehen, der sorgfältig zu behandeln ist und nur dann mit größtem Nutzen eingesetzt werden kann, wenn er gezielt und in problemgerechter Form bereitsteht. Aus der oft unüberschaubaren Fülle der Informationen müssen die für die Lösung der Probleme notwendigen und entscheidenden wenigen Informationen schnell herausgegriffen werden können. Mit der schnellen Informationsbereitstellung ist unmittelbar die für ein vorausschauendes, planendes Handeln notwendige Aktualität der Statistik angesprochen. Das bedeutet zweierlei: Die neuesten Ergebnisse müssen möglichst schnell vorliegen; die Ergebnisse früherer Erhebungen müssen aber gleichfalls in geeigneter Form zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, ich weiß, daß die Erfüllung dieser Forderung nach Aktualität die Statistischen Ämter in Bund, Länder und Gemeinden ständig zwingt, bei dem gegebenen Bestand an Mitarbeitern und trotz des Einsatzes modernster technischer Anlagen der elektronischen Datenverarbeitung ihr Äußerstes zu geben. Die Schwierigkeiten, die dabei oft zu überwinden waren und z. T. auch heute noch nicht gelöst sind, sollen nicht verkannt werden; ich will sie auch hier nicht verschweigen.

Die heutige Feierstunde bietet mir einen willkommenen Anlaß, allen Mitarbeitern dieses Amtes, sei es in Wiesbaden, Düsseldorf oder Berlin, ausdrücklich für die geleistete Arbeit auch im Namen der Bundesregierung Dank zu sagen. Der Einsatz jedes einzelnen von Ihnen ist dabei oft weit über das normale Maß hinausgegangen. Ohne dieses Engagement wären die vielseitigen Aufgaben, vor allem die vielseitigen neuen Aufgaben, nicht zu bewältigen gewesen. Diese Einsatzbereitschaft ist im übrigen — das lassen Sie mich als den für den öffentlichen Dienst zuständigen Bundesminister ganz allgemein sagen — ein Beispiel und charakteristisch für die Pflichterfüllung des öffentlichen Dienstes in unserem demokratischen Staat. Der öffentliche Dienst hat sich durch seine Loyalität und Zuverlässigkeit als ein stabiles Element unserer freiheitlichen Gesellschaft erwiesen. Wir wissen, daß auch der öffentliche Dienst in unserer schnelllebigen Zeit in vielen Punkten der Anpassung und Fortentwicklung bedarf. Doch sei hier wie überall in aller Deutlichkeit davor ge-

warnt, Bestrebungen nachzugeben, die „das Kind mit dem Bade ausschütten“ wollen.

Es ist natürlich gerade in dieser Zeit beschränkter Haushaltsmittel und großer Haushaltsprobleme eine populäre, von Berufenen, meist aber von Unberufenen erhobene Forderung, Stellenvermehrungen in der Verwaltung Einhalt zu gebieten. Man kann aber nicht, meine Damen und Herren, auf der einen Seite vom Staat immer mehr und bessere Dienste verlangen und ihm auf der anderen Seite das erforderliche qualifizierte Personal verweigern. Man kann also z. B. nicht mehr Statistiken für immer neue Bereiche verlangen, wenn man nicht gleichzeitig bereit ist, dann auch die notwendigen Konsequenzen für die Schaffung zusätzlicher Stellen zu ziehen. Die Chancen der Rationalisierung und Automatisierung werden — wie sich durch Beispiele in Ihrem eigenen Bereich belegen läßt — ausgeschöpft. Ein Allheilmittel können sie nicht darstellen.

Was der Staat und seine Bediensteten brauchen, ist ein modernes Instrumentarium von Organisationsformen und ein Dienstrecht, mit dem unsere vielfältigen Aufgaben zweckmäßig und rationell bewältigt werden können. Die Dienste des Staates sind so gut, wie die seiner Bediensteten. Das verpflichtet ihn aber auch zu einem leistungsorientierten Besoldungssystem, zu dem ich mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich bekennen möchte. Das „Schicksal“ einer in manchen Bereichen zu knappen Personalausstattung teilt das Statistische Bundesamt und mit ihm sicherlich auch die übrigen Statistischen Ämter mit vielen anderen Dienststellen in Bund und Ländern.

Meine Damen und Herren! Die amtliche Statistik gehört zu den Bereichen innerhalb der öffentlichen Verwaltung, die in besonders großem Umfang auf den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung angewiesen sind. Dem von mir bereits herausgestellten Problem der Aktualität soll durch die Speicherung von statistischen Informationen in einem besonderen Informationssystem Rechnung getragen werden. Das Statistische Bundesamt arbeitet daher bereits an dem von meinem Hause erteilten Auftrag, eine Statistische Datenbank zu errichten, die sowohl Parlament und Bundesregierung, wie aber auch den zahlreichen anderen „Konsumenten“ die erforderlichen Unterlagen schnell und in einheitlicher Form zur Verfügung stellen wird.

Das Statistische Bundesamt wurde ferner beauftragt, eine Konzeption für den numerischen Teil des Informationssystems der Bundesregierung zu entwickeln. Mit den dafür erforderlichen Planungen soll zugleich ein wesentlicher Baustein zu dem angestrebten Informationssystem der Bundesregierung geliefert werden. Von wesentlicher Bedeutung bei diesen Arbeiten ist, daß damit dem zur Zeit bestehenden unerwünschten Zustand der Informationszersplitterung mit allen negativen Begleiterscheinungen der Doppelarbeit und der Gefahr der Fehlinterpretation statistischer Daten vorgebeugt werden soll. Der Aufbau dieses statistischen Informationssystems wird daher auch als wichtiger Beitrag des Statistischen Bundesamtes zur Rationalisierung in der Verwaltung gesehen werden müssen.

Es ist in diesem Zusammenhang ein Wort zum Datenschutz geboten. Anlässlich der Eröffnung des Hearings über den Referentenentwurf eines Bundes-Datenschutzgesetzes habe ich die Notwendigkeit betont, zum Schutze der Privatsphäre des einzelnen Bürgers, aber auch von Institutionen Normen für den Umgang mit Individualdaten zu schaffen. Zusammen mit den für die amtliche Statistik auf diesem Gebiet schon seit langem geltenden Schutz- und Strafvorschriften, die streng eingehalten werden, muß auch bei den neu zu schaffenden statistischen und anderen Informationssystemen ein Höchstmaß des Schutzes von Individualdaten gewährleistet sein.

Neben dem Aufbau der Statistischen Datenbank wird es für die zukünftigen Aufgaben der amtlichen Statistik ent-

scheidend darauf ankommen, Teile des sogenannten traditionellen Programms der Statistik zugunsten neuer Aufgaben aufzugeben. Die Kritiker des traditionellen Programms wenden sich häufig an die Adresse der Statistischen Ämter; sie verkennen dabei, daß sie sich damit die falschen Adressaten ausgesucht haben.

Das Programm der amtlichen Statistik wird wesentlich von ihren Auftraggebern — für die Bundesstatistik sind das in der Hauptsache die Ressorts und die zuständigen Behörden der Europäischen Gemeinschaften — bestimmt. Es ist eben Sache dieser Auftraggeber und nicht der Beauftragten, nach Entlastungsmöglichkeiten zu suchen. Das Beharren auf regelmäßig wiederkehrenden Informationen ist natürlich sehr bequem, ihre Preisgabe zugunsten neuer Aufgaben stößt daher meist auf zähen Widerstand der Betroffenen. Dennoch muß dieser Weg in Zukunft in stärkerem Ausmaß beschritten werden. Es wird entscheidend darauf ankommen, daß die Auftraggeber gemeinsam mit den Statistikern und gestützt auf ihre Ratschläge geeignete Vorschläge hierzu entwickeln. Das Prinzip der gesetzlichen Verankerung jeder einzelnen statistischen Erhebung sollte dabei auf jeden Fall aufrechterhalten werden, da es dem Schutze des einzelnen Befragten dient und vor einem Übermaß staatlich angeordneter Erhebungen bewahrt. Ich habe in meinem Hause eine Prüfung veranlaßt, in welchen Bereichen — etwa bei Probefragungen oder kleineren Erhebungen zu aktuellen Problemkreisen — leichtere und schnellere Wege der rechtlichen Anordnung gefunden werden können, ohne daß dabei die parlamentarische Kontrolle ausgeschaltet werden soll. Damit habe ich eine Ihrer Anregungen, Frau Dr. Bartels, die Sie mir anlässlich Ihrer Amtseinführung gegeben haben, aufgegriffen. Lösungsmöglichkeiten für die Entlastung der Statistik zeichnen sich auch dadurch ab, daß in zunehmendem Maße auf Unterlagen zurückgegriffen werden kann, die bereits für andere Verwaltungszwecke oder für wissenschaftliche Aufgaben auf Datenträgern gespeichert sind. Die Einschaltung des Statistischen Bundesamtes in diese Vorhaben — eine weitere Anregung aus Ihrem Kreis — ist sichergestellt.

Für den Bundesminister des Innern ist die Bedeutung umfassender statistischer Unterlagen, z. B. für den wichtigen Bereich einer dynamischen und wirksamen Umweltpolitik, im Umweltprogramm der Bundesregierung klar zum Ausdruck gebracht worden. Umweltplanungsorientierte statistische Unterlagen müssen die Berechnung von Gesamtbelastungsgrößen in tiefer regionaler Gliederung gestatten. Das Bundeskabinett hat daher im Juli dieses Jahres den vom Bundesministerium des Innern vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über Umweltstatistiken beschlossen. Wichtige Vorarbeiten für diesen Gesetzentwurf wurden von den beim Statistischen Bundesamt eingesetzten Arbeitsgruppen bei der Klärung von Fachfragen geleistet. Die Umweltstatistik wird mit Sicherheit vorrangig auf der Tagesordnung des nächsten Bundestages stehen. Das Gesetz über Umweltstatistiken wird einen wesentlichen Beitrag zu der angestrebten Umweltbilanz leisten, die es uns dann gestatten soll, Änderungen in der Umweltqualität regelmäßig und verlässlich festzustellen. Aus den bisher eingegangenen Stellungnahmen zu dem Gesetzentwurf ist das große Interesse und die Bedeutung zu ersehen, die der Sachverständigenrat für Umweltfragen, die zuständigen Behörden der Länder und die internationalen Gremien diesem Vorhaben entgegenbringen.

Ein weiterer Schwerpunktbereich des Bundesministeriums des Innern, die Raumordnungspolitik, ist durch die Arbeiten am ersten Bundesraumordnungsprogramm der Bundesregierung aktiviert worden. Auch hier zeigt sich ein erheblicher Bedarf an sachlich und regional tief gegliederten Daten aus fast allen Bereichen der Statistik. Vermehrte regionalstatistische Anforderungen kommen darüber hinaus von der regionalen Wirtschaftspolitik, der Städteplanung und nicht zuletzt von der Regionalfor-

schung, auf deren Ergebnisse die moderne Leistungsverwaltung angewiesen ist.

Mit der bereits erwähnten Einrichtung einer zentralen Statistischen Datenbank im Statistischen Bundesamt wird ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Regionalstatistik geleistet werden können. Das Grundgesetz verpflichtet uns, in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland auf gleichwertige Lebensbedingungen hinzuwirken. Das erfordert im statistischen Bereich die Bereitstellung geeigneter Daten, die die regionalen Unterschiede kennzeichnen. Der Statistiker weiß, daß es ein entsprechendes statistisches System „sozialer Indikatoren“ für die Einkommens- und Infrastrukturmessung noch nicht gibt. Die Arbeiten an der Entwicklung dieses neuen Instrumentariums sind jedoch bereits von einer besonderen interministeriellen Arbeitsgruppe unter Beteiligung dieses Amtes aufgenommen worden.

Die Arbeiten auf dem Gebiet der Raumordnung haben die Richtung des künftigen Ausbaus der amtlichen Statistik besonders deutlich gemacht. Wenn man berücksichtigt, daß heute bereits ein großer Teil unserer Bevölkerung von Beschäftigungen in Dienstleistungsbereichen lebt, und dieser Anteil noch ständig steigen wird, dann ist eine praktische Raumordnungspolitik zwingend auf die Entwicklung eines aussagefähigen statistischen Systems für die Dienstleistungsbereiche angewiesen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch einige Bemerkungen zu der politischen und wissenschaftlichen Erörterung — das gehört unmittelbar in diesen Zusammenhang — von Bevölkerungsproblemen in der Bundesrepublik Deutschland machen. Aus der Erkenntnis, daß die Ursachen und Auswirkungen der Veränderung des Bevölkerungswachstums und der Bevölkerungsstruktur gründlicher erforscht werden sollten, als dies bisher der Fall ist, wird von meinem Hause die Errichtung eines Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt vorbereitet. Für zahlreiche Aufgaben, so z. B. auf dem Gebiet des Umweltschutzes, der Raumordnung und des Ausländerwesens, aber auch für die Aufgaben anderer Ressorts ist die Bereitstellung differenzierter demographischer Unterlagen und Forschungsergebnisse dringend erforderlich.

Das geplante Institut wird hier die wichtige Aufgabe der Beratung und Unterrichtung der Bundesregierung zu übernehmen haben. Von den Arbeitsergebnissen des Instituts erhoffe ich mir auch einen Beitrag zur Lösung der Frage der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, einem besonders wichtigen Teilproblem der Gesamtbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland. Es geht darum, daß wir mit hinreichender Sicherheit erkennen, wie hoch auf längere Sicht der Beschäftigungsgrad unserer Wirtschaft einzuschätzen ist. Die Beschäftigungspolitik muß so angelegt werden, daß eine stabile wirtschaftliche Entwicklung gewährleistet ist und daß zum anderen unsere Gesellschaft für alle Menschen, die in diesem unserem Lande leben, einen angemessenen, menschenwürdigen gesellschaftlichen Raum ermöglicht. Diese großen Ziele werden wir nur erreichen können, wenn es uns langfristig gelingt, eine stetige Wirtschaftsentwicklung zu sichern, die einen vernünftigen Ausgleich von Beschäftigungsgrad und Preisstabilität ermöglicht. Diese Voraussetzungen sind notwendig zur Garantie stabiler und solider öffentlicher Finanzen, die uns eine reelle Chance geben, die Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft zu meistern.

Meine Damen und Herren, Sie sind Beschäftigte einer Behörde, die — wenn Sie ihre Vorgängerin einbeziehen — in ihrem Lebenslauf ihren 100jährigen Geburtstag feiert. Es ist keine alte Behörde, sondern es ist vielleicht in der Bundesverwaltung die Behörde, die man als die Behörde mit der größten Zukunft bezeichnen kann. Dazu möchte ich Sie beglückwünschen und Ihnen allen Erfolg in Ihrer künftigen Arbeit wünschen.

Festvortrag der Präsidentin des Statistischen Bundesamtes, Dr. Hildegard Bartels

Herr Minister!

Bevor ich mit meinem eigentlichen Thema beginne, darf ich Ihnen erst einmal im Namen des gesamten Amtes sehr herzlich für Ihre Ausführungen danken, die für uns von grundsätzlicher Bedeutung waren. Danken möchte ich Ihnen vor allem für die Anregungen, die Sie aus der Sicht des verantwortlichen Politiklers für die Weiterentwicklung unserer Arbeit gegeben haben, danken aber auch für das Verständnis, das Sie unseren Aufgaben und Problemen entgegenbringen, ein Verständnis, das für uns in einer Zeit, in der mehr denn je Weichen für die Zukunft gestellt werden, für unsere Arbeit von ganz entscheidender Bedeutung ist. Und danken möchte ich Ihnen schließlich für die warmen Worte der Anerkennung unserer Leistungen, über die sich alle jetzigen und ehemaligen Mitarbeiter unseres Amtes nur freuen können. Auf Einzelheiten darf ich später noch zurückkommen.

Meine Damen und Herren!

100 Jahre zentrale amtliche Statistik und 25 Jahre Bundesstatistik sind sicher eine Gelegenheit zu feiern und das, was erreicht worden ist, zu würdigen, aber auch ein Anlaß, Bilanz zu ziehen, Ziele und Leistungen kritisch zu prüfen und zu überlegen, wie man den Anforderungen der Gegenwart und Zukunft besser oder noch besser gerecht werden kann.

Die amtliche Statistik ist der Natur der Sache nach ein außerordentlich vielseitiges Informationsmittel, das Angaben aus nahezu allen Lebens- und Sachgebieten für nahezu jedermann, d. h. für Staat, Öffentlichkeit und Wissenschaft liefert. Sie ist außerdem fast das einzige Instrument, das eine Kenntnis der Größenordnungen vermittelt. Quantitative Angaben sind aber unbedingt notwendig, um das Ausmaß der auftretenden Probleme, die Möglichkeiten und Grenzen ihrer Lösung und den Erfolg der getroffenen Maßnahmen richtig abschätzen zu können. Neue staatliche Aufgaben, der Übergang zu systematischer Planung im öffentlichen Bereich, wachsende internationale Verflechtung und Zusammenarbeit und nicht zuletzt die zunehmende Automation der Verwaltung haben in den letzten Jahren zu erheblichen zusätzlichen Anforderungen an die Statistik geführt und Ziele und Voraussetzungen ihrer Arbeit nachhaltig beeinflußt. Lassen Sie mich versuchen, in großen Zügen die Entwicklungstendenzen zu umreißen, einige wesentliche Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben aufzuzeigen und zu skizzieren, was aus unserer Sicht getan werden muß, um die zentrale amtliche Statistik zu einem allen modernen Anforderungen gerecht werdenden Informationsinstrument zu machen.

Beginnen möchte ich mit einigen Worten über die Organisation der zentralen amtlichen Statistik.

Vier Abschnitte deutscher Geschichte — das Kaiserreich, die Weimarer Republik, das Dritte Reich und die Bundesrepublik — haben das Geschick des zentralen Statistischen Amtes nachhaltig beeinflußt. Die Bezeichnung und der regionale Wirkungsbereich haben sich geändert. Auch das Unterstellungsverhältnis hat gewechselt. Dienstherren waren nacheinander und in wechselnder Folge der Regierungschef, das Innen- und das Wirtschaftsministerium.

Die Grundprinzipien der Organisation der zentralen amtlichen Statistik blieben jedoch — mit gewissen Akzentverschiebungen — während der 100 Jahre gewahrt. Das zentrale Statistische Amt ist in doppelter Hinsicht ein zentrales Amt. Es ist Teil der Reichs- bzw. Bundesverwaltung und damit der Zentralverwaltung. Aber außerdem sind in ihm aber auch — mit wenigen Ausnahmen — alle

Statistiken der Reichs- bzw. Bundesverwaltung zentralisiert.

Die Ausgliederung der statistischen Arbeiten aus den Ministerien und ihre Zusammenfassung in einem gemeinsamen Statistischen Amt hat sich als eine sehr rationelle und benutzerfreundliche Lösung erwiesen. Diese Organisationsform erleichtert es,

1. Anforderungen verschiedener Konsumenten häufig mit ein und derselben Statistik zu befriedigen und damit Doppelerhebungen zu vermeiden,
2. die Statistiken in allen Stadien der Erfassung, Be- und Weiterverarbeitung untereinander zu koordinieren und damit erst kombinationsfähig zu machen und
3. statistische Ergebnisse schnell aufzufinden.

Zu allen Zeiten hat es allerdings auch eine gewisse wechselnde Zahl von Statistiken gegeben, die außerhalb des Statistischen Amtes geführt wurden, obgleich sie aus den anderen Stellen herauslösbar gewesen wären. Sparkommissare und Rechnungshöfe haben sich wiederholt dieses Punktes angenommen und wieder für eine stärkere Zusammenfassung im Statistischen Amt gesorgt. Neuerdings nimmt die Gefahr einer Aufsplitterung der statistischen Arbeiten durch die bereits zitierte Automation des Verwaltungsvollzugs wieder zu. Diese Automation erlaubt es in vielen Fällen, in den Behörden ohnehin vorhandene, zu anderen Zwecken gesammelte Unterlagen auch für die Erstellung von Statistiken auszunutzen. Das ist an sich ein außerordentlich erfreuliches Ereignis. Es ist allerdings zu befürchten, daß, wenn die betreffenden Fachbehörden ihr Material selber zu Statistiken verarbeiten, dabei nicht immer die Belange sonstiger Interessenten und die notwendige Koordinierung mit anderen Statistiken gewahrt werden. Um eine möglichst vielseitige Ausnutzung der neuen Datenquellen zu gewährleisten, sollte das Statistische Bundesamt als statistische Zentralstelle in alle Automationsvorhaben eingeschaltet werden und ein gesetzlich verankertes Mitspracherecht bei den darauf beruhenden Statistiken erhalten. Ich habe mit besonderer Freude vernommen, Herr Minister, daß Sie sich gerade für diesen Gesichtspunkt einsetzen wollen.

Bei der Durchführung der zentralen amtlichen Statistik hat von Anfang an das Statistische Amt des Reichs bzw. des Bundes mit den Statistischen Landesämtern zusammengearbeitet, jedoch hat die Aufgabenverteilung nach Art und Gewicht im Laufe der 100 Jahre gewechselt. Im Kaiserreich wurde eine Reihe der schon vor der Reichsgründung von den Landesämtern durchgeführten Statistiken auch weiterhin von diesen bearbeitet, aber als „föderierte Statistik“ nach reichseinheitlichen Methoden. Die sich aus neuen Reichsgesetzen ergebenden oder vom Reichskanzler angeordneten Statistiken wurden dagegen im allgemeinen zentral durchgeführt bzw. aufbereitet. Der Anteil dieser Statistiken wuchs dauernd, vor allem auch in der Weimarer Zeit. Die Eingliederung des Preußischen Statistischen Landesamtes und andere Ereignisse führten im Dritten Reich zu einer besonders starken regionalen Zentralisierung der statistischen Arbeiten im Statistischen Reichsamte. Eine ziemlich radikale Umkehr gab es nach dem 2. Weltkrieg. Zwar erhielt der Bund die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz für Statistiken für Bundeszwecke und damit für den weitaus größten Teil der amtlichen Statistik. Die Durchführung dieser Statistiken ist aber seit dieser Zeit mit wenigen Ausnahmen Sache der Länder, die auch die Kosten dafür aufzubringen haben. Die regional dezentralisierte Durchführung von Bundesstatistiken hat durchaus eine Reihe von Vorteilen. Sie brachte aber — in ihrer jetzigen Form — für die Länder u. a. die Belastung durch eine Reihe von Statistiken mit sich, von deren Ergebnissen sie nichts haben, und für

den Bund die bekannten Geleitzugprobleme. Diese wurden in den letzten Jahren noch dadurch vermehrt, daß die Statistischen Landesämter in steigendem Maße durch landesspezifische Aufgaben in Anspruch genommen wurden und daß in einer Reihe von Ländern der maschinelle Teil der Aufbereitungsarbeiten an Landesrechenzentren abwanderte, wo sie in Konkurrenz zu anderen Verwaltungsarbeiten gerieten. Die wachsende Belastung durch Bundes- und Landesaufgaben, die zunehmende Zersplitterung bei der Durchführung der statistischen Arbeiten, an der jetzt 18 Stellen beteiligt sind, und die bei steigenden Qualitätsansprüchen deutlicher hervortretenden Unterschiede in der Leistungsfähigkeit der beteiligten Stellen wirken sich — bei allem stets bewiesenen guten Willen zur Zusammenarbeit — immer nachteiliger insbesondere auf die Termine und die Aktualität der Bundesstatistik aus. Einiges ist möglicherweise durch eine noch intensivere Arbeitsablaufplanung und -koordinierung aufzufangen. Es wächst aber auch die Erkenntnis, daß einmal ernsthaft geprüft werden sollte, ob die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiete der Statistik und die Organisation des gesamten statistischen Dienstes in ihrer jetzigen Form noch den modernen Anforderungen und Bedingungen auf Bundes- und Landesebene entsprechen und wie sie im Interesse einer größeren Leistungsfähigkeit aller beteiligten Stellen und einer größeren Aktualität der Bundesstatistik verbessert werden können.

Ähnliche Fragen, wie sie zwischen Bund und Ländern eine Rolle spielen, ergeben sich auch gegenüber den Europäischen Gemeinschaften. Eine klare Linie hinsichtlich der Form der Anordnung von Statistiken, des Arbeitschnitts zwischen dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften und den nationalen Statistischen Ämtern bei der Durchführung der Statistiken und hinsichtlich der Finanzierung hat sich noch nicht herausgebildet. Sie zu finden, wird aber allerseits als eine immer dringlichere Aufgabe angesehen. Damit kann ich meine Ausführungen über die uns in zunehmendem Maße beschäftigenden organisatorischen Probleme beenden und zum Arbeitsprogramm der zentralen amtlichen Statistik übergehen.

Um die Informationen liefern zu können, die von einem breiten Kreis von Interessenten benötigt werden, muß das Arbeitsprogramm der zentralen amtlichen Statistik ständig neuen Anforderungen angepaßt werden. In den 100 Jahren, die hinter uns liegen, ist das Programm stark erweitert worden und im Laufe der Zeit in sachlicher, zeitlicher und regionaler Hinsicht immer differenzierter geworden. Es ist von jeher durch eine Vielzahl spezieller Verwaltungsbedürfnisse bestimmt worden, die ihrerseits wieder vom Staats- und Wirtschaftssystem und von den Zielen der Politik abhängen. Die zunehmende Tendenz zu systematischer Planung im staatlichen Bereich hat darüber hinaus das Interesse an einem statistischen Gesamtbild der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation gefördert und zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Statistikern und Planern geführt.

Zum Anfangsprogramm der zentralen amtlichen Statistik gehörten vor 100 Jahren Bevölkerungsstatistiken, Statistiken der Landwirtschaft — schon damals ein Sorgenkind —, des Gewerbes, des Verkehrs und der Steuer- und Zolleinnahmen. Hinzu kamen schon bald die Außenhandelsstatistik, die Unterlagen für Handelsvertragsverhandlungen lieferte, und — veranlaßt durch die Sozialgesetzgebung — Arbeiter- und Sozialleistungsstatistiken, die später durch Lohnstatistiken ergänzt wurden. Alle diese Statistiken wurden im Laufe der Zeit ausgebaut, so z. B. Industriestatistik unter konjunkturpolitischen, strukturpolitischen und rüstungswirtschaftlichen Gesichtspunkten, aber auch in neuerer Zeit als Hilfsmittel für die Marktforschung zu einer umfangreichen und umfassenden Betriebs- und Produktionsstatistik, die Steuerstatistik unter dem Einfluß von Steuerreformen, z. B. der Erzberger-

schen, und der zunehmenden Bedeutung der öffentlichen Haushalte für Staat und Wirtschaft zu einem geschlossenen System der Finanz- und Steuerstatistik (einschl. Planungsstatistik). Auch die Verkehrsstatistiken nahmen schon bald einen großen Aufschwung, da der Staat selbst Verkehrsunternehmen betrieb und den Wettbewerb — u. a. — durch Tarifpolitik regelte. Die Inflationszeit gab den Preisstatistiken starken Auftrieb; Preisbeobachtung steht auch heute wieder stark im Vordergrund. Die Wohnungsnot nach den Weltkriegen förderte die Wohnungs- und Baustatistiken. Die Reparationsverpflichtungen und die Marshallplanhilfe waren Anlaß zur Einführung und zur Verbesserung der Sozialproduktsberechnung. Der Übergang von der Mangel- zur Überflufwirtschaft steigerte das Interesse an Binnenhandels- und Verbrauchsstatistiken. In den letzten Jahren zeigt sich in Zusammenhang mit Reformvorhaben ein verstärkter Bedarf an Bildungs- und Gesundheitsstatistiken, ein wachsendes Interesse an Statistiken über Einkommen, Vermögen, Umweltbedingungen, Ausländer und ganz allgemein über die gesellschaftliche Situation.

Das statistische Programm ist aber nicht nur inhaltlich reichhaltiger geworden; es zeigt sich über den ganzen Zeitraum hinweg auch eine deutliche Tendenz zur Verkürzung der Periodizität, die unserer schnelllebigen Zeit entspricht. Anfangs dominierten größere Zählungen in unregelmäßigen Abständen. Die Weimarer Zeit brachte schon ein System von kurzfristigen Konjunkturindikatoren, das bis in die neueste Zeit hinein laufend ausgebaut wurde. Nach dem 2. Weltkrieg sind zahlreiche jährliche oder regelmäßig in mehrjährigen Abständen wiederkehrende Statistiken eingeführt oder vorhandene längerfristige Statistiken auf diese Periodizität umgestellt worden. Zu nennen sind u. a. der Mikrozensus, die Unternehmens- und Kostenstrukturerhebungen, die Lohn- und Gehaltsstruktur- und die Arbeitskostenerhebungen, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die Steuerstatistiken usw. Die Periodizität der Großzählungen — früher meist 10 Jahre — spielt sich mehr und mehr auf 5 Jahre ein.

Eine weitere Differenzierung des statistischen Programms ergab sich aus dem verstärkten Interesse des Bundes an regional tief gegliederten Daten für Zwecke der Raumordnung, des Umweltschutzes, der regionalen Wirtschaftsstrukturpolitik und Fachplanung. Ich brauche hierauf nicht näher einzugehen, Herr Minister, Sie haben gerade auch dieses Beispiel erwähnt.

Einen ganz entscheidenden Einfluß auf das Programm und den Umfang der amtlichen Statistik hat in den letzten beiden Jahrzehnten die internationale Zusammenarbeit gehabt. Heute arbeitet das Statistische Bundesamt sehr eng mit ungefähr 30 internationalen Organisationen zusammen, von denen die Europäischen Gemeinschaften nicht nur Empfehlungen zur Harmonisierung und Weiterentwicklung der Statistiken aussprechen können, sondern auch eigene Statistiken anordnen können, was zunehmend geschieht. — Wegen der verstärkten Aktivität der internationalen Organisationen hat sich das Statistische Bundesamt auf dem Gebiet der Auslandsstatistik gegenüber dem Reichsamt relativ große Bescheidung auferlegt. Die Auslandsstatistik konzentriert sich heute auf die Entwicklungsländer und die sozialistischen Staaten.

Charakteristisch für die Zeit nach dem 2. Weltkrieg ist ferner die von dem damaligen Präsidenten Dr. Fürst geförderte Tendenz, neben einer Fülle von Spezialinformationen ein in sich geschlossenes, aufeinander abgestimmtes und vielseitig verwendbares Gesamtbild der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation zu geben und Zusammenhänge aufzuzeigen. Ich kann mich noch deutlich der Zeit entsinnen, in der dieser Grundsatz keineswegs selbstverständlich war; deswegen hat es mich mit besonderer Genugtuung erfüllt, Herr Minister, daß Sie diesen Grundsatz an den Anfang Ihrer Rede gesetzt

haben. Auf wirtschaftsstatistischem Gebiet hat dieser Grundsatz zum Auf- und Ausbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen geführt, die zugleich den Rahmen für die Weiterentwicklung und Koordinierung aller Wirtschaftsstatistiken bilden. Diese Arbeiten wurden gefördert durch die Fortschritte der Wirtschaftstheorie, den Nachdruck, den die internationalen Organisationen dahinter gesetzt haben, und die Anforderungen der modernen Wirtschaftspolitik, wie sie z. B. im Stabilitätsgesetz zum Ausdruck kommen. Mit dem in den letzten Jahren zunehmenden Interesse an demographischen und gesellschaftlichen Fragen gewinnen auch die Bestrebungen zum Aufbau eines integrierten Systems bevölkerungs- und sozialstatistischer Daten und zur Herausarbeitung geeigneter sozialer Indikatoren an Boden.

Die genannten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind nicht mehr das Ergebnis einer statistischen Erhebung, sondern ein kompliziertes Rechenwerk, für das Daten aus fast sämtlichen Statistiken weiterverarbeitet werden. Weiterverarbeitung und Auswertung von Statistiken wird im Amt auch in anderem Zusammenhang betrieben. Ich nenne hier nur die Berechnung von Kaufkraftparitäten, die neuerdings in Angriff genommene Zeitreihenanalyse, die Mitarbeit an Vorausschätzungen der Bevölkerung, der Erwerbspersonen, der Schüler und Studenten, des Steueraufkommens, der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung usw., ferner die bevölkerungswissenschaftlichen Analysen, die Untersuchungen im Zusammenhang mit der Steuer- und Finanzreform und der Strafrechtsreform, die Mitarbeit an den großen Berichten der Bundesregierung und die Zusammenarbeit mit den Sachverständigenräten für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und für Umweltfragen. Weiterverarbeitung und Auswertung von Statistiken sind keine neue Aufgabe des Amtes. Schon in der Thronrede, in der die Gründung des Kaiserlichen Statistischen Amtes angekündigt wurde, wird die Hoffnung ausgedrückt, daß das Amt in der Lage sei,

„durch ... wissenschaftliche Bearbeitung der Ergebnisse statistischer Erhebungen... der Gesetzgebung und Verwaltung sowie der wissenschaftlichen Erkenntnis der staatlichen und gesellschaftlichen Zustände wesentliche Dienste zu leisten“.

So modern war man schon damals.

Wohl den stärksten Akzent in dieser Richtung erhielt das zentrale Statistische Amt unter Prof. Wagemann, der das Institut für Konjunkturforschung gründete und es bis zur Trennung der beiden Institutionen im Jahre 1933 in Personalunion leitete. Mit dem geplanten Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung soll wieder ein Forschungsinstitut eng mit dem Amt verbunden werden.

Einen wesentlichen und sehr notwendigen Beitrag zur Verbesserung der Bereitstellung und Auswertung statistischer Ergebnisse hofft das Statistische Bundesamt mit der bereits zitierten, im Aufbau befindlichen Statistischen Datenbank leisten zu können. Diese Datenbank — Teil eines umfassenden automatisierten Informationssystems der öffentlichen Verwaltung — soll

1. eine schnelle, flexible und problemgerechte Zusammenstellung statistischer Ergebnisse aus den verschiedensten Quellen für Untersuchungen und Planungen ermöglichen,
2. die durchweg erforderliche Umformung der ursprünglich für bestimmte Zwecke erhobenen statistischen Angaben auf den jeweiligen Untersuchungs- und Planungszweck erleichtern,
3. Lücken im Material durch Schätzungen schließen helfen und
4. die Anwendung moderner mathematisch-statistischer Analyse- und Prognoseverfahren bei Untersuchungen und Planungen fördern.

Die Schwerpunkte unserer Arbeit werden voraussichtlich bei den drei ersten Aufgaben liegen, bei der vierten wird sich vermutlich eine — wahrscheinlich auf unterschiedlicher Linie vorzunehmende — Arbeitsteilung mit den Ministerien und den sonstigen Verwendern amtlicher Statistiken ergeben.

Darüber hinaus arbeitet das Statistische Bundesamt wie Sie, Herr Minister, bereits erwähnten, an einem Konzept für den numerischen Teil des gesamten Bundesdatenbanksystems. Dieses Konzept soll dazu beitragen, den gesamten Komplex der Gewinnung numerischer Daten aus den verschiedensten Quellen, der Be- und Weiterverarbeitung dieser Daten und ihrer Auswertungen für die Arbeiten der Regierung und für die Öffentlichkeit in ein geordnetes und mit anderen Datenbanken abgestimmtes System zu bringen.

Der Erfolg dieser Datenbankpläne und die Unterstützung, die das Amt dabei erhält, werden ganz entscheidend sein für die Weiterentwicklung der Statistik zu einem allen modernen Anforderungen genügenden, vielseitigen, aktuellen, flexiblen und problemgerechten Informationsinstrument. Sie sind außerdem die Voraussetzung für eine volle und zugleich rationelle Ausschöpfung des ungeheuren Informationsmaterials, das die amtliche Statistik bietet. Beachtliche Vorarbeiten sind bereits geleistet; es muß aber leider gesagt werden, daß der weitere Aufbau durch Mangel an ausreichenden Mitteln behindert ist. An anderen Stellen — innerhalb und außerhalb der öffentlichen Verwaltung — schießen dagegen, wenn ich das einmal so leger sagen darf, auf amtlichen Statistiken basierende Datenbankpläne und Vorschläge zur Errichtung von Planungsinformationssystemen recht üppig ins Kraut, getragen oder unterstützt durch die verschiedensten staatlichen Stellen. Eine einheitliche Planung ist m. E. dringend erforderlich, um eine Verschwendung von öffentlichen Mitteln und Arbeitskraft und ein Informationschaos zu vermeiden.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einige Worte über die Arbeitsmethoden der amtlichen Statistik sagen. Die Statistischen Ämter haben sich von jeher um eine rationelle Arbeitsweise bemüht. Die Zusammenfassung praktisch aller Statistiken in einem Amt, ihre fachliche, methodische und organisatorische Koordinierung und ihre systematische Weiterentwicklung zu einem geschlossenen Gesamtbild ist eines der wirksamsten Mittel zur Vermeidung von Doppelarbeit und damit ein wesentlicher Beitrag zur Rationalisierung. Arbeit und Geld wird auch durch die Ausnutzung bereits vorhandener Verwaltungsunterlagen für die Statistik gespart, mit der wir auch bisher schon immer gearbeitet haben, auch vor der Automation. Zu beachtlichen Rationalisierungserfolgen hat auch die Einführung und Weiterentwicklung von Stichprobenmethoden bei statistischen Erhebungen geführt. Das gleiche gilt in verstärktem Maße für den Einsatz von automatischen Datenverarbeitungsanlagen — einschl. Tischrechenanlagen, Lesegeräten, Druckern, Zeichengeräten usw. —, der in den Statistischen Ämtern meist lange vor den übrigen Behörden erfolgte. Er erforderte auch die Entwicklung einer eigenen Software, da die Herstellerfirmen auf diesem speziellen Gebiete wenig zu bieten haben. Neben der Erstellung von Maschinenprogrammen für die Aufbereitung der Statistiken, die im Verbund mit den Ländern vorgenommen wird, sind Programme für die automatisierte Berechnung von Auswahlplänen bei Stichproben, für die maschinelle Zufallsauswahl und für die Weiterverarbeitung und Auswertung von Statistiken zu erwähnen. Besondere Bedeutung kommt der in Gang befindlichen Entwicklung von Methoden zur Vereinfachung und Beschleunigung der Programmierung zu, die das Amt bei der Aufbereitung und Auswertung von Statistiken sehr viel flexibler machen werden.

Bereits im Kaiserlichen Statistischen Amt wurden kurz vor dem 1. Weltkrieg die ersten Versuche mit Lochapparaten, Sortier- und Tabelliermaschinen der Deutschen Hollerith-Gesellschaft gemacht. Die Verbesserung der Hollerith-Maschinen führte im Laufe der Jahre zu einer fortschreitenden Mechanisierung der Aufbereitungsarbeiten. Die ersten EDV-Anlagen wurden bereits Anfang der sechziger Jahre im Statistischen Bundesamt eingesetzt; sie wurden später durch immer leistungsfähigere Anlagen ersetzt oder ergänzt. Auch im Schreib- und Vervielfältigungsdienst hat die moderne Technik zunehmend Einzug gehalten.

Die gesamten Rationalisierungsmaßnahmen und Verbesserungen in der Arbeitsorganisation und der Ausbildung machten es möglich, ein erheblich größeres Arbeitspensum ohne entsprechende Personalvermehrung zu bewältigen. Das Statistische Bundesamt hat heute, wenn man die Berliner Notstandsangestellten einrechnet, nicht mehr Personal als Mitte der fünfziger Jahre und 400 Leute weniger als Anfang der 60er Jahre. In den letzten 15 bis 20 Jahre hat sich dagegen das Arbeitsprogramm ganz beträchtlich erweitert, vor allem durch zahlreiche neue Statistiken, stärkere sachliche und regionale Differenzierung und verkürzte Periodizität vorhandener Statistiken, durch die Zunahme der Zahl der zu bearbeitenden Fälle, insbesondere auf dem Gebiete der Außenhandelstatistik und der Preisstatistik, durch beträchtliche Ausdehnung der internationalen Zusammenarbeit, die Mitte der 50er Jahre eigentlich erst richtig eingesetzt hat, durch erheblich stärkere Heranziehung des Amtes zur Auswertung von Statistiken, durch ständige Erweiterung des Veröffentlichungsprogramms und des Auskunftsdienstes usw. Dazu kommen die völlig neuen Arbeiten an der Statistischen Datenbank und am numerischen Teil des Informationssystemes und die Bemühungen um die Datengewinnung aus automatisierten Verwaltungsunterlagen.

Diese Aufgabenerweiterung konnte zwar zu einem erheblichen Teil, seit längerem aber nicht mehr allein durch Rationalisierung aufgefangen werden. Die Konsequenzen sind die immer lautereren Klagen über erhebliche Terminverzögerungen und die schleppende Inangriffnahme neuer gesetzlich angeordneter oder von den Ministerien dringend geforderter statistischer Arbeiten. Dieser unbefriedigende Zustand, der die Versorgung der Regierung und der Öffentlichkeit mit ausreichenden problemgerechten und aktuellen Informationen gefährdet, kann nur durch eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung des Amtes oder — ggf. umgekehrt — durch Verzicht auf weniger dringliche statistische Angaben beseitigt werden. Beides

ist nach aller Erfahrung eine Frage der politischen Unterstützung auf hoher Ebene. Ich kann mir glücklicherweise weitere Ausführungen darüber ersparen, da Sie, Herr Minister, diesen Punkt als besonders dringlichen Punkt hervorgehoben haben und wir, wie ich sehe, auf Ihre Unterstützung hierbei rechnen können; dafür danken wir Ihnen besonders. Es ist unser dringlichster Wunsch, endlich einmal wieder leistungsfähig zu werden. — Sie sehen, auch ein „Hundertjähriger“ hat durchaus noch Wünsche.

Abgesehen von den genannten Mängeln bleibt festzuhalten — und das haben Sie, Herr Minister, zu unserer Freude bereits hervorgehoben —, daß in der hinter uns liegenden Zeit unter immer schwierigeren Bedingungen ständig wachsende Leistungen vollbracht worden sind. Das ist sicher ein Anlaß, allen daran Beteiligten sehr herzlich zu danken, — zu danken für den weit über die Pflichterfüllung hinausreichenden Einsatz, die tatkräftige Unterstützung unserer Arbeiter und die gute Zusammenarbeit. Dieser Dank gilt insbesondere allen Amtsangehörigen, den jetzigen und den ehemaligen. Ich danke Ihnen für Ihre Initiative und Ihren Leistungswillen, mit dem Sie uns geholfen haben, ein enormes Arbeitsprogramm zu erledigen. Dieser Dank gilt aber auch in gleichem Maße an der Durchführung der Bundesstatistiken beteiligten Statistischen Landesämtern, Landesrechenzentren und Gemeindebehörden. Danken möchte ich ferner dem Bundesinnenministerium als unserer Dienstaufsichtsbehörde, die uns bei unseren zahlreichen sachlichen und haushaltsmäßigen Wünschen immer sehr nachdrücklich unterstützt hat, und den zahlreichen Auftraggebern und Konsumenten der Statistik, den Vertretern der Befragten und allen sonstigen Stellen, die unsere Arbeit gefördert haben. Die meisten dieser Stellen sind im Statistischen Beirat vertreten, der sich — das sei an dieser Stelle einmal ausdrücklich gesagt — als ein außerordentlich wichtiges und nützliches Aussprache- und Beratungsgremium für das Statistische Bundesamt erwiesen hat. Das gleiche gilt im übrigen für die Amtsleiterkonferenz — das ist die Konferenz mit den Landesamtsleitern — und den Interministeriellen Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik. Ein besonderes Wort des Dankes möchte ich noch Herrn Dr. Wegner, der Ende des Jahres ausscheidet, sagen für seine rege Anteilnahme an der Entwicklung des Amtes, den Nachdruck, mit dem er sich stets als Vertreter unserer Dienstaufsichtsbehörde für unsere Belange eingesetzt hat und den Erfolg seiner Bemühungen. Ihnen selbst, Herr Minister, und den leitenden Herren Ihres Hauses dürfen wir unseren wärmsten Dank sagen für die Aufgeschlossenheit, die Sie stets gegenüber dem Amt, seinen Aufgaben und seinen Wünschen gezeigt haben.

Ansprache des Vorsitzenden des Gesamtpersonalrates des Statistischen Bundesamtes, Hans-Heinrich Mohr

Herr Minister,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Belegschaft und die Personalvertretungen des Statistischen Bundesamtes entbieten den hier versammelten Festgästen ihren herzlichen Gruß. Sie geben ihrer Freude darüber Ausdruck, daß zahlreiche namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft sowie aus der Verwaltung diese Veranstaltung mit ihrer Anwesenheit beehren. Ein besonderer Gruß gebührt jenen Rentnern und Pensionären des Statistischen Bundesamtes, die heute stellvertretend für alle unsere ehemaligen Kolleginnen und Kollegen in unserer Mitte weilen. Mit ihnen ist ein gutes Stück jener Entwicklung verknüpft, die in den

beiden Vorreden aufgezeigt wurde. Ohne sie, die in der Nachkriegszeit den Aufbau unseres Amtes wagten, gäbe es kein so gut funktionierendes und vielerseits anerkanntes Statistisches Bundesamt. Die Veränderungen im politischen und wirtschaftlichen Geschehen in den vergangenen Jahrzehnten blieben nicht ohne Auswirkung. Der Gedanke der Sozialpartnerschaft wird allseits bejaht und der arbeitende Mensch als der weitaus wichtigste Produktionsfaktor angesehen, der im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Geschehens zu stehen hat. Seine Arbeitskraft, seine Leistungsfähigkeit und sein Leistungswillen sollten als letztlich einzige Quelle des gesellschaftlichen Wohlstands Anerkennung finden. Und so sehen auch wir uns, Beamte, Angestellte und Arbeiter des Statistischen Bundesamtes,

eingebettet in diese Entwicklung, gewiß nicht an ihrem Ende. An der Verwirklichung unserer Vorstellung werden wir weiterhin mitzuarbeiten haben. Vieles ist bereits erreicht, manches in Angriff genommen und weiteres harret der Lösung. Hier wäre ein Dank an jene Damen und Herren, denen der öffentliche Dienst allgemein und das Wohl des Statistischen Bundesamtes insbesondere am Herzen liegen muß, angebracht für mutige Schritte in die erwünschte Richtung. Aber auch eine Ermunterung, nicht stehen zu bleiben, sondern fortzufahren, alte Zöpfe abzubauen und die Weichen für gute Regelungen zu stellen. Denn alle Erfolge täuschen nicht darüber hinweg, daß dringende Probleme uns alle, Dienstherren wie Bedienstete, in starkem Maße belasten. Ein einheitliches Dienstrecht, um das Aufkommen eines unerwünschten Kastendenkens zu verhindern, ist ebenso ein dringendes Anliegen wie eine bis heute noch nicht vorliegende Beschreibung der Tätigkeiten im statistischen Dienst. Die formal festgelegte Einstufung der Statistiker nach den z. Z. für den öffentlichen Dienst allgemein geltenden Regelungen berücksichtigt in unzureichendem Maße die besonderen Anforderungen, die heute an einen Statistiker gestellt werden. Ich bin sicher, daß auch hier in Kürze Verbesserungen erzielt werden können. Als größte Oberbehörde dem Herrn Bundesinnenminister unterstellt, beschäftigt das Statistische Bundesamt derzeit rd. 2 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Wiesbaden sowie in je einer Zweigstelle in Berlin und Düsseldorf.

Wir sind — das kann man mit Fug und Recht sagen — eine sehr emsige Dienststelle. Wenige Außenstehende können sich auch nur annähernd ein Bild über Art und Umfang unserer Arbeiten und Aufgaben machen. Ein beachtlicher Grad an Anpassungsfähigkeit an die sich ständig verändernden Arbeitsbedingungen und die Fähigkeit, mit den zunehmenden Streß-Situationen fertig zu werden, kennzeichnen unseren Alltag. Einerlei, ob man mit Planungsarbeiten beschäftigt ist, methodische Grundsätze austüftelt, sich mit Nomenklaturen auseinandersetzt, sich zum wiederholten Mal Gedanken um den Personaleinsatz macht, weil die angeforderten Stellen wieder nicht geh-

ragt wurden, oder ob man EDV-Anlagen füttert, an der Prüfung und Auswertung der vielen Ergebnisse teilhat, die dann durch den Schreibstufen- und den Vervielfältigungsdienst jene Form erhalten, wie sie die Empfänger kennen. Fachlich versierte Menschen mit oft unsäglichem Geduld und großem Einsatz erfüllen täglich ihre Pflicht. All das, meine Damen und Herren, ist das Statistische Bundesamt. Die Personalvertretungen bemühen sich darum, daß dieser Einsatz unserer Kollegen und Kolleginnen nicht übersehen wird. Auf die Vielseitigkeit und qualitative Wertung der Statistiken ist unsere Präsidentin bereits eingegangen. Die Notwendigkeit und den Wert unserer Arbeiten hat der Herr Bundesinnenminister bereits herausgestellt. Auf die sich ständig in Qualität und Quantität erweiternde Arbeit wurde nochmals hingewiesen. Die normale Folgerung dieser Tatsache wäre, daß durch Verbesserung des Stellenplans auch die nötige Voraussetzung zur Durchführung dieser Aufgaben geschaffen wird. Das allerdings konnte nicht oder nur in völlig unzureichender Form in den vergangenen Jahren geschehen. Durch Rationalisierungsmaßnahmen aller Art, vor allem einer durchgreifenden Technisierung der Arbeitsvorgänge, hat das Amt sein Äußerstes beigetragen, die Zahl der Beschäftigten bisher nicht über einen Stand von vor mehr als 15 Jahren anwachsen zu lassen. Das, Herr Minister, soll erst eine andere Behörde mit einem derartigen Aufgabenzuwachs nachmachen! Wenn dann noch festgestellt werden muß, daß in diesem Zeitraum an der Stellenbewertung und an dem Anteil hochwertiger Beförderungsstellen — abgesehen von der allgemeinen Niveaueinhebung — kaum etwas geändert wurde, dann wird die große Sorge der Amtsleitung wie der Personalvertretung sicher verständlich.

Die Belegschaft des Statistischen Bundesamtes wird trotz aller Schwierigkeiten und Sorgen — das möchte ich als Sprecher aller Mitarbeiter des Hauses abschließend zum Ausdruck bringen — eingedenk der ihr übertragenen Pflichten und anknüpfend an die traditionellen Leistungen auch weiterhin ihr Bestes zum Erfolg der zentralen amtlichen Statistik leisten. Ich danke Ihnen!

Ansprache des Präsidenten des Statistischen Landesamtes Baden -Württemberg, Prof. Dr. Klaus Szameitat

Herr Minister,
verehrte Frau Dr. Bartels,
meine Damen und Herren!

Ich möchte für die elf Statistischen Landesämter und ihre Amtsleiter dem Statistischen Bundesamt zu hundert Jahren zentraler amtlicher Statistik und 25 Jahren Bundesstatistik ein herzliches Wort des Glückwunsches und der Verbundenheit sagen. Da mich der ehrenvolle Auftrag vor unverhältnismäßig kurzer Zeit erst erreicht hat, gestatten Sie mir die fast improvisierende Kürze, die dem vierten Redner sicher auch nicht allzu übel genommen wird. Deshalb auch nur wenig zum obligaten historischen Rückblick, obwohl es an sich recht reizvoll wäre, der Entwicklung des Verhältnisses des früheren Reichs und des heutigen Bundes zu den Ländern — gespiegelt in unserem Fachbereich der amtlichen Statistik — nachzugehen. Wir würden manches entdecken, zum Beispiel die überraschende Tatsache, daß es einige Statistische Landesämter gibt, die dem Statistischen Bundesamt in das ehrwürdige zweite Jahrhundert sogar schon vorangegangen sind. Wir selbst haben, als Beispiel, in Baden-Württemberg zu unserer eigenen Überraschung vor kurzer Zeit schon das 150jährige Jubiläum gefeiert. Nun, auch wenn Alter kein Verdienst und Jugend keine Schande ist — in jedem Fall

freuen sich insbesondere die hochbetagten Statistischen Landesämter, daß jetzt auch die Reichs- und Bundesstatistik zu den Hundertjährigen gehört: Man freut sich ja immer, wenn auch die anderen älter werden! Zum anderen würden wir sehen, wie sich das Verhältnis der zentralen staatlichen Institution zu den Einzelstaaten und Ländern immer auch natürlich in der Statistik niedergeschlagen hat: mit dem Wandel der Staatsaufgaben, mit wechselnden Aufgabenverteilungen, wie Sie, Frau Dr. Bartels, vorhin schon erwähnt haben — ein interessantes Thema, über das wir uns sicher wiederholt noch unterhalten werden —, mit einem sich laufend den Aufgaben der Technik und der Verwaltungsorganisation anpassenden Arbeitsprogramm, mit mancherlei Gegensätzlichkeiten und Diskussionen, aber doch immer auch und nicht zuletzt als Arbeit an der gemeinsamen Aufgabe. Dies hat sich bei aller Verschiedenartigkeit der Standpunkte schließlich auch in den 25 und über 25 Jahren der Nachkriegszeit gezeigt. Wenn man die Protokolle unserer auch heute schon erwähnten ersten Amtsleiterkonferenzen nach dem Krieg in die Hand nimmt, findet man oft fast aktuell anmutende Sorgen und Probleme bei allerdings immer wieder neuen Themen. Man entdeckt allerdings auch etwas anderes: man entdeckt, daß die Protokolle über manche damals so wichtige Auseinandersetzung schon langsam vergilben!

Auch sie werden schon schrittweise Geschichte. Und mancher von denen, die heute am Beratungstisch nicht mehr sitzen, war damals dabei. Es hat sich manches gewandelt. Von diesem kurzen und fast elegischen Rückblick zur Gegenwart und Zukunft! Wir stehen, wie wir heute schon wiederholt gehört haben, auch in der amtlichen Statistik des Bundes und der Länder in einer Phase recht grundlegender Weiterentwicklung und neuer Orientierung: Wachsender Informationsbedarf, aktuelle Aufgabenstellungen, moderne Methoden und neue Technologien erfordern neue Lösungen und neue Orientierungen. Vom Aufbau einer umfassenden Umweltstatistik — auch sie ist erwähnt worden — bis zur Verbreiterung und Aktualisierung des gesamten Daten- und Informationsangebotes, von der Mitarbeit an Vorausschätzungen über ein System künftiger Datenbanken bei Bund und Ländern bis hin zu den von Herrn Minister Genscher erwähnten Dateninformationen für alle: Es ist ein weiter Bogen und ein langer Weg zu neuen Aufgaben, die in ihrer beängstigenden Zahl und in der Fülle ihrer Probleme fast eine Herausforderung darstellen. Es sind Aufgaben, die beim Bund und den Ländern auftauchen und zu lösen sind, wenn auch sicher oft mit etwas unterschiedlichen Schwerpunkten und Ansätzen. Ich bin jedenfalls fest davon überzeugt, daß wir die Herausforderung bestehen und die uns gestellten Aufgaben lösen, wenn wir über zwei Dinge verfügen: Zum einen über die äußeren materiellen Grundlagen, über die man allerdings nach der feinen englischen Art möglichst wenig oder überhaupt nicht sprechen soll — man muß sie

halten nur haben —, zum anderen über das Bewußtsein der Gemeinsamkeit für einen sehr großen Teil der Aufgaben, vor denen wir stehen. Herr Dr. Fürst, dem wir für den Auf- und Ausbau der amtlichen Statistik durch so lange Aufbaujahre hindurch auch heute noch so viel verdanken, hat früher oft davon gesprochen, daß man nicht nur am gleichen Strick, sondern möglichst oft auch am gleichen Ende ziehen sollte! Wir werden es sehr nötig haben! Stellen Sie sich außerdem bitte vor, meine Damen und Herren, welches Bild sich sonst etwa bieten könnte: Auf der einen Seite des Stricks eine Fachkollegin und Dame, umgeben und unterstützt von ihren Paladinen und engen Mitarbeitern, auf der anderen Seite elf mehr oder minder kräftige Männer aus Landsmannschaften und verschiedenen Bundesländern! Ein fast unmögliches und unvorstellbares Bild! Ich will mich da lieber erinnern an das, was, ich glaube bei der Einweihung des neuen Amtsgebäudes des Statistischen Bundesamtes vor nunmehr auch schon einer ziemlich langen Reihe von Jahren, der Innenminister von Hessen einmal gesagt hat: Wir wollen gute Nachbarn sein! Ich möchte dieses Wort ein wenig abgewandelt auf unsere Zusammenarbeit aufnehmen und sagen: Wir wollen bei allen Unterschieden in Einzelheiten, in den Auffassungen und Arbeitsschwerpunkten bei unserer gemeinsamen Arbeit gute Partner sein und bleiben!

Liebe Frau Dr. Bartels, Ihnen und Ihrem Amt alle guten Wünsche der Statistischen Landesämter, viel Erfolg und nicht zuletzt das Stückchen „fortune“, das wir alle für unsere Arbeit brauchen!

Ansprache des Vertreters des Statistischen Beirats, Dr. Hans Hermann Hartmann

Herr Bundesminister,
Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren!

Ich habe die Ehre, für den Statistischen Beirat und seine Fachausschüsse ein Grußwort an Sie zu richten. Gemessen an der 100jährigen Geschichte, der Tradition und der erfolgreichen Entwicklung des Statistischen Reichs- und jetzigen Bundesamtes ist der Beirat, dessen Mitglieder sich zu dieser Feier versammelt haben, eine junge Institution auf dem Felde der amtlichen Statistik. Als er im Januar 1948 mit Beginn des Wiederaufbaus eines zentralen Statistischen Amtes ins Leben gerufen wurde, war ein solcher Beirat, der alle an der Statistik beteiligten Gruppen, Auftraggeber sowie Konsumenten, dazu die Produzenten der Statistik, aber auch die Auskunftspflichtigen in sich vereinte, ein Novum. Neu war auch seine Aufgabe als Aussprache- und Beratungsforum und als Brücke und Bindeglied zur amtlichen Statistik. Diese Stunde bietet die willkommene Gelegenheit zu der Feststellung, daß sich auch aus der Sicht des Beirats die mit seiner Errichtung verbundene Idee erfolgreich bewährt hat. Während seiner nunmehr immerhin fast schon 25jährigen Tätigkeit ist der Beirat zur Stätte eines intensiven Gedanken- und Erfahrungsaustausches und einer vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Beteiligten geworden. Dies ist das Verdienst des Statistischen Bundesamtes, das die Chancen, die ein solcher Beirat bietet, erkannte und voll zu nutzen wußte. Der Beirat sichert eine laufende rechtzeitige Unterrichtung aller in Betracht kommenden Stellen über neue statistische Vorhaben. Er gibt Gelegenheit, schon in einem sehr frühen Stadium Anregungen und Vorschläge zu unterbreiten und kennenzulernen und er ermöglicht so ein fruchtbares Zusammenwirken mit dem Ziel, optimale Lösungen zu erreichen. Dies ist vor allem für die Teile des Beirats von großer Bedeutung, die nicht ohnehin schon unmittelbar in der Tagesarbeit der amtlichen Statistik

stehen, d. s. insbesondere die Organisationen der Wirtschaft, die Gewerkschaften und die Wirtschaftswissenschaftlichen Institute. Anerkennend ist hervorzuheben, daß das Statistische Bundesamt die Stellungnahmen und Vorschläge des Beirats und seiner Fachausschüsse stets sehr sorgfältig prüft und wenn irgendmöglich berücksichtigt. Dankbar soll auch vermerkt werden, daß das Amt immer bestrebt ist, die Erhebungen so auszugestalten, daß sie nicht nur amtlichen Zwecken dienlich sind, sondern, soweit vertretbar, auch den Bedürfnissen nichtamtlicher Konsumenten zugute kommen.

Gleichzeitig aber, und auch das verdient, hervorgehoben zu werden, war das Amt immer besorgt, die Erhebungen so einfach wie möglich zu gestalten, um insbesondere dem Auskunftspflichtigen vermeidbare Lasten zu ersparen. Wenn dem Statistischen Bundesamt heute der Dank des Beirats für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit ausgesprochen wird, so gebührt dieser Dank zugleich auch allen Amtsangehörigen und insbesondere seinen verdienstvollen Leitern, Herrn Dr. Fürst, Herrn Patrick Schmidt und Frau Dr. Bartels. Mit großer Energie und überlegenem Weitblick haben sie die schwere Aufgabe gelöst, nach dem Zusammenbruch sehr zügig eine leistungsfähige und moderne zentrale Statistik aufzubauen, die heute in der Welt hohes Ansehen genießt. Aber es gibt keinen Stillstand. Im Zuge der Entwicklung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, wir haben das heute sehr eindringlich gehört, werden neue Aufgaben und wachsende Anforderungen im nationalen sowie internationalen Bereich auf die amtliche Statistik zukommen und ihr immer höhere Leistungen abverlangen.

Der Beirat wünscht dem Amt auch für die Zukunft Erfolg und weiterhin gutes Gelingen seiner Arbeit. Er verbindet damit den Wunsch, daß das bewährte Zusammenspiel zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Beirat mit seinen Fachausschüssen sich weiter so eng und fruchtbar gestalten möge wie bisher!